

1 **Keine Anschaffung bewaffneter Drohnen - SPD muss Friedenspartei**
2 **sein!**

3 *Beschluss des Juso Bundeskongresses 2021 - 26. bis 28. November*

4 Im Zuge der jetzt abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen von SPD, Bündnis
5 '90/Die Grünen und der FDP hat die Debatte um die Anschaffung von
6 bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr wieder Fahrt aufgenommen, und die
7 SPD droht ihre friedenspolitische Glaubwürdigkeit zu verlieren, indem einer
8 Anschaffung zugestimmt wird.

9 Im Sondierungspapier der so genannten Ampel-Parteien wurde bekräftigt, dass
10 diese drei Parteien eine „führende Rolle bei der Stärkung internationaler
11 Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes“ einnehmen wollen und den
12 Bedarf einer „abrüstungspolitischen Offensive“ sehen. Auch im frisch
13 veröffentlichten Koalitionsvertrag setzen sich die drei Parteien eine
14 „Wiederbelebung der internationalen Abrüstung und Rüstungskontrolle“ zum
15 Ziel. Dennoch beinhaltet der Koalitionsvertrag die Bewaffnung von Drohnen der
16 Bundeswehr, was den abrüstungspolitischen Zielen aus Sondierungspapier und
17 Koalitionsvertrag diametral gegenübersteht.

18 Die Ampel-Parteien laufen Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bereits zu Beginn ihrer
19 Koalition zu verspielen. Wasser predigen, aber dann Wein trinken - das darf nicht
20 der Anspruch der deutschen Sozialdemokratie sein, dieses Verhalten hat in den
21 vergangenen Jahren bereits Wähler*innen-Stimmen gekostet.

22 Daher fordern wir die SPD als stärkste Kraft in diesem Bündnis dazu auf, sich
23 nicht nur gegen die Bewaffnung von Drohnen auszusprechen, sondern deren
24 Anschaffung auch aktiv zu verhindern.

25 Die Anschaffung von bewaffneten Drohnen, die auch als Angriffswaffen genutzt
26 werden können, bedeutet eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr. Aus
27 jungsozialistischer Sicht müssen wir uns aber auch heute verstärkt für Abrüstung
28 einsetzen. Die SPD hat den Anspruch, Friedenskraft in Deutschland und Europa
29 zu sein, und lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab
30 (Hamburger Programm). Damit geht auch eine konsequente Abrüstungspolitik
31 einher.

32 Mit Blick auf die Konflikte beispielsweise in Bergkarabach zwischen Armenien und
33 Aserbaidschan, oder auch auf die sich rivalisierenden Staaten Algerien und
34 Marokko ist festzustellen, dass ein neues Wettrüsten mit waffenfähigen Drohnen
35 bereits begonnen hat. Die USA, China, die Türkei und Russland mischen als
36 größte Hersteller der sogenannten *unmanned aerial vehicles* (UAV) kräftig mit: So
37 liefern sich Russland und die Türkei einen Stellvertreterkrieg in Bergkarabach.
38 Zudem stehen auch starke wirtschaftliche Interessen hinter der zunehmenden
39 Aufrüstung.

40 Um den Eintritt in diese bereits jetzt bestehende Aufrüstungsspirale zu
41 vermeiden, gilt es von der Bewaffnung von Drohnen abzusehen.

42 Zudem ist es nicht tragbar, in einen Rüstungswettlauf im Bereich der
43 Drohnentechnologie einzusteigen, während auch das atomare Wettrüsten global
44 wieder an Fahrt aufgenommen hat.

45 Auch hier erwarten wir von der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion, dass sie
46 sich verstärkt für ein internationales Abrüsten im atomaren Bereich einsetzt und
47 darauf hinwirkt, dass die Bundesrepublik Deutschland den
48 Atomwaffenverbotsvertrag der UNO unterzeichnet.

49 Des Weiteren fordern wir die SPD dazu auf, sich ihrem Parteivorstandsbeschluss
50 von 2013 folgend, verstärkt für die Ächtung derartiger Waffensysteme
51 einzusetzen. Zusätzlich soll sich die SPD für ein einheitliches internationales
52 Regelwerk zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Kampfdrohnen
53 einsetzen.

54 Denn obwohl bereits zahlreiche Staaten über die Anschaffung nachdenken, oder
55 sie bereits einsetzen, gibt es noch kein internationales Regelwerk zur
56 Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von bewaffneten Kampfdrohnen.

57 Das Argument, dass eine Bewaffnung von Drohnen längst überfällig und
58 unumgänglich ist, da das weltweite Wettrüsten bereits in vollem Gang und
59 technische Entwicklung nicht aufzuhalten ist, ist purer Zukunftspessimismus.
60 Statt sich an der Aufrüstung zu beteiligen, muss sich die Bundesrepublik
61 Deutschland international für die Vermittlung und Lösung von Konflikten
62 einsetzen.

63 Der wichtigste Ansatz in der internationalen Konfliktlösung ist für uns die
64 Diplomatie. Diplomatische Verhandlungen nehmen für uns den obersten
65 Stellenwert bei der Lösung von Konflikten ein und sind damit Grundlage unseres
66 antimilitaristischen Handelns.

67 Der Einsatz bewaffneter Kampfdrohnen senkt zudem die Hemmschwelle für einen
68 Kriegseintritt, unter anderem da weniger Soldat*innen in das eigentliche
69 Einsatzgebiet entsendet werden müssen.

70 Getreu dem Motto „Nie wieder Krieg!“ dürfen wir das Absenken solcher
71 Hemmschwellen niemals in Kauf nehmen. Auch das muss bei einer konsequenten
72 Abrüstungspolitik berücksichtigt werden.

73 Befürworter*innen argumentieren bei der Anschaffung bewaffneter Drohnen
74 oftmals mit der Unaufhaltsamkeit des technischen Fortschritts. Auch die
75 wissenschaftlichen Dienste des Bundestags kommen in einem Bericht von
76 Oktober 2020 zu dem Schluss, dass sich auch das im 14. Jahrhundert entwickelte
77 Schwarzpulver trotz seiner mörderischen Konsequenzen nach und nach
78 durchsetzte, und „[...] die Menschheit sich vermutlich an ein Leben mit
79 Kampfdrohnen gewöhnen müssen wird.“

80 Der Verweis auf das Schwarzpulver übersieht jedoch den Umstand, dass es
81 damals weder Kriegs- noch Völkerrecht gab. Erst die jahrhundertelange Erfahrung
82 mit der Brutalität des Krieges hat dazu geführt, dass globale Normen und
83 Waffenächtungen überhaupt möglich wurden.

84 Die Ächtung von ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische Waffen) folgte
85 erst nach hunderttausenden Toten und Veteranen, die dem Gaskrieg des ersten
86 Weltkriegs zum Opfer fielen. Perfide dabei: Dieser wurde der Bevölkerung damals
87 als humanitär und fortschrittlich verkauft, da er -angeblich- den Krieg maßgeblich
88 verkürzen würde.

89 Heute wird diesbezüglich ähnlich argumentiert: Drohnen seien sehr viel präziser
90 und effektiver wodurch daher weniger Kollateralschäden entstünden – es also
91 weniger zivile Opfer geben würde.

92 Laut der Studie „Living under Drones“ von der Stanford University und der New
93 York University starben im Zeitraum von Juni 2004 bis September 2012 zwischen
94 2.562 und 3.325 Menschen durch US-amerikanische Drohnenangriffe allein in
95 Pakistan. Unter den Opfern waren laut der Studie zwischen 474 und 881
96 Zivilist*innen, darunter 176 Kinder.

97 Wie in jedem Krieg werden also auch in einem mit Drohnen geführten Krieg
98 Zivilist*innen und Kinder getötet und sind Leidtragende des Konfliktes, die Zahlen

99 sind alles andere als gering.
100 In der Debatte um bewaffnete Drohnen sollten wir also auch aus der
101 mörderischen Historie des Krieges lernen, und alten, längst widerlegten
102 Argumentationsmustern nicht mehr folgen.

103 Nicht nur für betroffene Zivilist*innen stellen Drohnenangriffe eine massive
104 psychische Belastung dar, sondern auch für die angriffsausführenden
105 Drohnenpilot*innen. Bereits 2015 berichteten ehemalige Drohnenpiloten der US-
106 Armee in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten Barack Obama von
107 posttraumatischen Belastungsstörungen, die sie aufgrund des „systematischen
108 Zerstörens unschuldiger Leben“ entwickelten. An dieser Stelle müssen wir auch
109 an die Verantwortung denken, die die Bundesrepublik gegenüber ihren
110 Soldat*innen hat, denn eine posttraumatische Belastungsstörung verändert ein
111 Menschenleben massiv.
112 Die Unterzeichner des Briefes sehen ebenfalls einen Zusammenhang mit
113 terroristischen Anschlägen, wie beispielsweise denen in Paris und dem
114 Drohnenprogramm. Dies kann in Teilen auch auf die oben aufgeführten
115 negativen Reaktionen der Zivilbevölkerung auf die massive Belastung durch
116 Drohnenkriege zurückgeführt werden. Kampfdrohnen heizen somit eine
117 Gewaltspirale an, die immer neue Gefährdungspotentiale schafft, statt für
118 insgesamt mehr Sicherheit zu sorgen.

119 Selbst wenn in speziellen Situationen, die keinesfalls pauschal und schon gar
120 nicht im Vorhinein festgelegt werden können, bewaffnete Drohnen für ein
121 gewisses Mehr an Sicherheit für Soldat*innen sorgen könnten:
122 Uns Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen ist klar, dass im Fall von
123 Kampfdrohnen ein eventuelles Mehr an Sicherheit für die einen, im Gegenzug
124 definitiv weniger Sicherheit für die anderen, in diesem Fall die Zivilbevölkerung,
125 bedeutet. Ein Gegeneinander-Aufwiegen von Menschenleben ist jedoch
126 ausnahmslos nicht mit unseren internationalistischen Werten sowie unseren
127 Idealen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität vereinbar.

128 Auch wenn ein Vergleich zwischen der US-Armee und der deutschen Bundeswehr
129 ungültig ist, müssen wir uns aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen mit
130 bewaffneten Kampfdrohnen bewusst sein, dass diese einer strengen
131 parlamentarischen Regulierung bedürfen.
132 Uns ist allerdings auch bewusst, dass andere parlamentarische Mehrheiten dazu
133 führen können, dass einem Einsatz von bewaffneten Kampfdrohnen und/oder
134 weniger Reglementierungen leichtfertiger zugestimmt wird. Die
135 Oberbefehlsgewalt liegt im Bundesverteidigungsministerium bzw.
136 Bundeskanzler*innenamt. Es wäre vermessen zu glauben, ein unmenschliches
137 Kriegsszenario durch die deutsche Bundeswehr mittels bewaffneter Drohnen
138 könne niemals eintreten. Für ein solches Szenario darf die SPD nicht der Türöffner
139 sein.

140 Die Außenpolitik einer sozialdemokratisch geführten Regierung sollte sich stets
141 am Prinzip der Solidarität orientieren, um Friedensförderung und -wahrung zu
142 ermöglichen. Potenzielle Gewaltkonflikte sollten vermieden werden, und es sollte
143 der ernsthafte Versuch unternommen werden, bereits bestehende Konflikte in
144 eine gewaltfreie Form des Interessenausgleichs umzuwandeln. Dieses Ziel kann
145 durch Aufrüstung und die Anschaffung bewaffneter Drohnen, die völkerrechtlich
146 nicht reguliert sind, nicht erreicht werden, denn: „Konflikte können zwar

147 militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden.“ (Hamburger
148 Programm).